Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Aschermittwoch, 22. Februar 2012
Ausgabe 036
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› Schweigeminute zum Gedenken der Opfer rechtsextremen Terrors 3
› Rückbau zweier Fußgängerunterführungen 4
› Filmmuseum: Oberhausen und der „Neue deutsche Film“ 5
› Kehraus bei der städtischen Straßenreinigung 6
› Ausweischeck bei Auslandsreisen 6
› Bauzentrum München: Neue Wohnformen für die Zukunft wählen 7
› Münchner Hoagartn in Trudering 7
› Liedermatinee im Münchner Stadtmuseum 8
› Kuratorenführung durch die Ausstellung „Täglich frisch!“ 8
› Winterdienstbilanz für die Zeit vom 17. bis 21. Februar 8
Antworten auf Stadtratsanfragen **9**
› Wohnungsbauzahlen in München 9
› Wie gut funktioniert die Tiefen-Geothermie in der Messestadt Riem? 12
› Wieder Ärger mit dem Linksextremen-Treff „Kafe Marat“ – was tut die Stadt? 15
› Ausländische Mediziner an Münchner Krankenhäusern 18
› Alles im Griff in St. Georg? 20
› Ein muslimischer Guttenberg – sind die Münchner Rathausfraktionen einem Scharlatan auf den Leim gegangen? 22
› Wieder linksextremistische Umtriebe im „Kafe Marat“ – was sagt die Stadt dazu? 24
› Ärger und Steuergelder sparen: NS-Doku-Zentrum stoppen! 28

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **30**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Freitag, 24. Februar, 17 Uhr,
Paulaner am Nockherberg, Hochstraße 77
Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zum Jahresempfang der Arbeiterwohlfahrt (AWO). Im Rahmen dieser Veranstaltung findet die offizielle Verabschiedung von Max von Heckel (Vorstandvorsitzender der AWO) und Jürgen Salzhuber (Geschäftsführer der AWO) sowie die Amtseinführung des neuen Geschäftsführers Christoph Frey statt.

Sonntag, 26. Februar, 11 Uhr,
Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1
Festakt für geladene Gäste zum 50. Jahrestag des Oberhausener Manifests, an dem die noch lebenden „Oberhausener" wie Rob Houwer, Alexander Kluge, Ronald Martini, Hansjürgen Pohland, Edgar Reitz und Wolfgang Urchs teilnehmen werden. Die Festrede hält Oberbürgermeister Christian Ude.
(Siehe auch unter Meldungen)
Achtung Redaktionen: Für Pressekarten wird um Anmeldung bis zum 23. Februar unter Telefon 2 33-2 05 38 bei Claudia Engelhardt gebeten.

Montag, 27. Februar, 10 Uhr, Grütznerstube im Rathaus
Der Frauennotruf München, das Feierwerk und das Jugendkulturwerk der Stadt München stellen ihre Kampagne „Nein heißt Nein – eine Kampagne für das Münchener Nacht- und Kulturleben" vor. Die Kampagne richtet sich gegen alle Formen sexualisierter Gewalt im Münchner Nacht- und Kulturleben. Bürgermeisterin Christine Strobl wird als Schirmpatin der Kampagne an der Pressekonferenz teilnehmen. Unterstützt wird die Aktion von der Gleichstellungsstelle für Frauen der Stadt München und von Infofon. Die Initiatorinnen und Initiatoren haben Postkarten und Plakate, die auf das Problem sexualisierter Übergriffe aufmerksam machen, entwickelt sowie Sicherheitstipps für Nachtschwärmerinnen und ein Schulungskonzept für das Personal von Clubs, Hallen und Sicherheitsdiensten. Angesprochen werden neben dem Party- und Konzertpublikum auch die Münchener Clubbetreiber, Veranstalter und Gastronomen.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Montag, 27. Februar, 10 Uhr, Bauernfeindstraße 7
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert dem Münchner Bürger Edmund Kwiatkowski im Namen der Stadt zum 102. Geburtstag.

Bürgerangelegenheiten

**Dienstag, 28. Februar, 19 Uhr, Gaststätte „Zunfthaus“,
Thalkirchner Straße 76 (barrierefrei)**
Sitzung des Bezirksausschusses 2 (Ludwigsvorstadt - Isarvorstadt).

**Dienstag, 28. Februar, 18 bis 19 Uhr,
Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a (barrierefrei)**
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

**Dienstag, 28. Februar, 19 Uhr, Mensa der
Ludwig-Thoma-Realschule, Fehwiesenstraße 118 (barrierefrei)**
Sitzung des Bezirksausschusses 14 (Berg am Laim).

**Dienstag, 28. Februar, 19 Uhr, Caritas Kinder- und Jugendtreff
Jump In, Kristallstraße 8 a (barrierefrei)**
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 24 (Feldmoching - Hasenbergl) mit dem Vorsitzenden Markus Auerbach.

**Dienstag, 28. Februar, 19.30 Uhr, Caritas Kinder- und Jugendtreff
Jump In, Kristallstraße 8 a (barrierefrei)**
Sitzung des Bezirksausschusses 24 (Feldmoching - Hasenbergl).

**Mittwoch, 29. Februar, 17.30 bis 19 Uhr,
BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b (barrierefrei)**
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Meldungen

Wiederholung
Schweigeminute zum Gedenken der Opfer rechtsextremen Terrors
(22.2.2012) Wenn morgen am 23. Februar in Berlin der zentrale Staatsakt für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt stattfindet, soll auch in München mit einer Schweigeminute um 12 Uhr der Opfer der rechtsextremen Mordserie gedacht werden. Dazu ruft Oberbürgermeister Christian Ude alle Münchnerinnen und Münchner auf: „Wir trauern um die Mordopfer, insbesondere um unsere beiden ermordeten Münchner Mitbürger Habil

Kilic und Theodorous Boulgarides. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen, den Hinterbliebenen und Freunden. Lassen Sie uns alle gemeinsam ein Zeichen setzen, dass wir rassistische Ausgrenzung und Gewalt nicht hinnehmen werden. Niemand hat das Recht zu bestimmen, wer eine Daseinsberechtigung in unserer Stadt und in diesem Land hat und wer mit Mordanschlägen rechnen muss."
Mit der Schweigeminute schließt sich München einem gemeinsamen Aufruf der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes an.

Rückbau zweier Fußgängerunterführungen
(22.2.2012) Die beiden südlichen Fußgängerunterführungen in der Rosenheimer Straße wurden 1960 ursprünglich als Zugang zur früher vorhandenen Trambahnwendeschleife erstellt. Seit Auflösung der Tramlinie wurden sie kaum noch genutzt. Gründe hierfür sind u.a. die gute Anbindung der Insel im Kreuzungsbereich Rosenheimer Straße – Wilram-/Kirchseeoner Straße über eine weitere Fußgängerunterführung und eine übersichtliche Ampelanlage. Die beiden Fußgängerunterführungen sind zwischenzeitlich in einem technisch schlechten Zustand, so dass ihre Instandsetzung mit einem hohen Kostenaufwand verbunden wäre. Aus diesem Grund wurden die Unterführungen im März 2010 für den öffentlichen Verkehr gesperrt.
Der Münchner Stadtrat beauftragte das Baureferat schließlich am 6. Juli 2010 im Rahmen des Beschlusses „Barrierefreier Ausbau von Fußgängerunterführungen und -brücken sowie gestalterische Aufwertung von Unterführungsbauwerken" mit dem Rückbau der Unterführungen. Der Bezirksausschuss 16 (Ramersdorf - Perlach) hatte bereits am 14. April 2010 dem Rückbau der beiden südlichen Unterführungen durch das Baureferat zugestimmt. Im weiteren wurden die Planungen durch das Baureferat aufgenommen und mit den anderen beteiligten Dienststellen abgestimmt. Die Abbrucharbeiten beginnen Anfang April und werden voraussichtlich Mitte Mai abgeschlossen.
Der Rückbau selbst erfolgt pro Fahrtrichtung in zwei Phasen. Dazu wird der Kraftfahrzeugverkehr in jede Fahrtrichtung auf zwei Spuren reduziert und verschwenkt. Für Fußgänger und Radfahrer steht ein gemeinsamer Geh- und Radweg zur Verfügung.
Im Vorfeld des bevorstehenden Rückbaues der beiden südlichen Fußgängerunterführungen in der Rosenheimer Straße müssen ab 23. Februar direkt an beziehungsweise auf einer Unterführung drei Bäume sowie Sträucher entfernt werden. An der benachbarten Aribonenstraße werden zwei Bäume gefällt. Nach Abschluss der gesamten Maßnahme werden sieben

neue Bäume als Ersatz gepflanzt. Die Rodungen sind mit dem Bezirksausschuss und der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt. Für die Beeinträchtigungen bittet das Baureferat um Verständnis.

Filmmuseum: Oberhausen und der „Neue deutsche Film"

(22.2.2012) Zum 50. Jahrestag des „Oberhausener Manifests", das am 28. Februar 1962 von überwiegend Münchner Filmschaffenden auf einer Pressekonferenz der 8. Westdeutschen Kurzfilmtage in Oberhausen verlesen wurde, findet am Sonntag, 26. Februar, um 11 Uhr im Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, ein Festakt statt, an dem die noch lebenden „Oberhausener" wie Rob Houwer, Alexander Kluge, Ronald Martini, Hansjürgen Pohland, Edgar Reitz und Wolfgang Urchs teilnehmen werden. Die Festrede hält Oberbürgermeister Christian Ude.
Das „Oberhausener Manifest", das „Opas Kino" für tot erklärte, gilt als Anfang des Neuen Deutschen Films, der die alten Strukturen, Themen und Erzählweisen der Filme aus der Nachkriegszeit ablehnte und neue Wege gehen wollte. In neun Programmen werden vom 29. Februar bis 27. März Kurzfilme und Spielfilme der Unterzeichner und auch ihrer Nachfolger gezeigt: Filme von Vlado Kristl („Madeleine, Madeleine", 2. März), Danièle Huillet und Jean-Marie Straub („Machorka-Muff", 3. März), der erste Spielfilm der BRD, der von einer Frau, Erika Balqué, gedreht wurde („Zu Jung für die Liebe", 4. März), Herbert Veselys visuell an der Nouvelle Vague orientierter Film „Das Brot der frühen Jahre" (6. März), Alexander Kluges programmatischer Beitrag „Abschied von Gestern" (13. März) mit seiner Schwester Alexandra in der Hauptrolle und Ferdinand Khittls fast unbekanntes Meisterwerk, der Dokumentarfilm „Die Parallelstraße" (27. März).
Das ausführliche Programm mit allen Filmen und Terminen sind im Programmheft des Filmmuseums unter *www.filmmuseum-muenchen.de* zu finden.
Der Festakt am 26. Februar ist für geladene Gäste. Es gibt nur wenige Restkarten an der Tageskasse für das Publikum. Für Pressekarten wird um Anmeldung bis zum 23. Februar unter Telefon 2 33-2 05 38 bei Claudia Engelhardt gebeten. Karten für die Filmreihe können wie immer vorbestellt werden unter Telefon 2 33-9 64 50.
Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro (Aufschlag bei Überlänge).
Pressefotos werden auf Anfrage unter Telefon 2 33-2 05 38 gerne zugeschickt.

Kehraus bei der städtischen Straßenreinigung

(22.2.2012) Während der tollen Tage hatten die Männer der städtischen Straßenreinigung wieder alle Hände voll zu tun, um die Fußgängerbereiche in der Innenstadt vom Faschingsmüll zu befreien. So wurden in der Fußgängerzone vom Faschingssonntag bis einschließlich Faschingsdienstag insgesamt rund acht Tonnen Partymüll (2011: sieben Tonnen) abtransportiert. Vom Viktualienmarkt, wo das lustige Treiben der Marktfrauen stattfand, wurden am gestrigen Faschingsdienstag insgesamt zirka 15 Tonnen (2011: acht Tonnen) entsorgt.
Die Arbeitseinsätze wurden mit bis zu 35 Mitarbeitern durchgeführt und dauerten bis Mitternacht. Am Faschingsdienstag kamen zwölf Kleinkehrmaschinen, zwei Großkehrmaschinen, drei Lkw-Kipper sowie Kleintraktoren zur Kehrichtsammlung zum Einsatz.

Ausweischeck bei Auslandsreisen

(22.2.2012) Das Kreisverwaltungsreferat erinnert die Münchner Bürgerinnen und Bürger daran, bei Auslandsreisen rechtzeitig die Gültigkeit ihrer Ausweise zu überprüfen. Wer beispielsweise zu Ostern verreisen möchte und einen neuen Pass benötigt, sollte sich bereits jetzt auf den Weg ins Bürgerbüro machen. Die Ausstellung eines Reisepasses oder Personalausweises dauert zirka vier bis fünf Wochen. Für kurzfristige Anliegen besteht zwar die Möglichkeit, einen vorläufigen Reisepass beziehungsweise Personalausweis oder aber auch einen Expresspass zu beantragen. Dies ist jedoch mit einem höheren Kostenaufwand verbunden.
Für die Antragstellung wird ein aktuelles biometrisches Lichtbild, die Antragsgebühr und das bisherige Ausweisdokument benötigt. Minderjährige Antragsteller brauchen darüber hinaus noch die Einwilligung der gesetzlichen Vertreter und deren Ausweisdokumente.
Diese Bürgerbüros stehen für die Beantragung zur Verfügung:

- Zentrale im KVR (Innenstadt), Ruppertstraße 19
- Orleansplatz 50 (Ost)
- Leonrodstraße 21 (West)
- Riesenfeldstraße 75 (Nord)
- Forstenrieder Allee 61a (Süd)
- Pasing (West), Landsberger Straße 486

Weitere Informationen zu der Antragsgebühr, der Gültigkeitsdauer und den Öffnungszeiten sind unter *www.buergerbuero-kvr.de* erhältlich.

Bauzentrum München: Neue Wohnformen für die Zukunft wählen
(22.2.2012) Wohnformen wie Gemeinschaftliches Wohnen und Leben in Neuen Nachbarschaften gewinnen eine immer breitere Anhängerschaft: Bei Familien, bei Menschen, die mit mehreren Generationen zusammenleben möchten und denjenigen, die nach der richtigen Wohnform für ihr eigenes Alter suchen. Dies hat der Wohnprojekttag von Urbanes Wohnen e.V. Anfang Februar gezeigt. Am Montag, 27. Februar, lädt Doris Knaier von Urbanes Wohnen e.V. ins Bauzentrum München ein und informiert alle, die sich innerlich schon entschlossen haben, eine dieser Wohnformen für sich zu wählen. Knaier gibt zudem einen Überblick über die aktuelle Literatur und zu Veranstaltungen, die den Schritt in die Realisierung leichter machen. Zur Beantwortung individueller Fragen und zur Besprechung spezieller Anliegen der Besucherinnen und Besucher steht ausreichend Zeit zur Verfügung. Außerdem besteht die Gelegenheit Gleichgesinnte kennenzulernen. Der Eintritt ist kostenlos. Beginn ist um 18 Uhr.
Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Gehminuten; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, Telefon: 54 63 66-0, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de.

Münchner Hoagartn in Trudering
(22.2.2012) Am Freitag, 24. Februar, 19 Uhr, lädt das Kulturreferat der Stadt München wieder zu einem Hoagartn ein. Dieses Mal ist der Hoagartn in der Gaststätte „Obermaier" in der Truderinger Straße 306 unter der Leitung von Ulrike Zöller. Neben Gesang mit Ulrike Zöller, Ruth Geiersberger, dem Roggensteiner Bänkelgsang und den Bogenhauser Sängerinnen gibt es Musik von „d' Vuizbandoffen", der „Fasnaerieer Raffele- und Hackbrettmusi" sowie der Volksmusikgruppe Rosenmüller.
Der Münchner Hoagartn ist ein monatliches offenes Sänger- und Musikanten-Treffen, bei dem die teilnehmenden Gruppen nicht ausgewählt oder bestellt sind, sondern sich selbst melden. Die Veranstaltungsorte variieren, die Hoagartn finden jeweils in einem anderen Stadtteil statt. Es wird gemeinsam gesungen, musiziert und gelacht. Gemütlich, unterhaltsam und abwechslungsreich gestaltet sich der Abend bei Musik und Bewirtung.
Der Eintritt ist frei, Gäste sind herzlich willkommen. Saalöffnung ab 18 Uhr, Platzreservierungen können leider nicht vorgenommen werden. Nähere Informationen sind unter *www.muenchen.de/volkskultur* ersichtlich.

Liedermatinee im Münchner Stadtmuseum
(22.2.2012) Unter dem Titel „Dichterliebe und Dichterleiden" gestalten Studierende der Gesangsklasse Professorin Marilyn Schmiege, Hochschule für Musik und Theater München, am Sonntag, 26. Februar, um 11 Uhr in der Sammlung Musik im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, eine Liedermatinee mit romantischen Kunstliedern. Jan Nash (Bariton) Luise Höcker (Mezzosopran), Anna-Maria Thoma (Mezzosopran), Henriette Zahn, Hisako Yoshikawa und Tobias Jackl (Klavier) spielen Werke von Johannes Brahms, Franz Liszt und Robert Schumann (u.a. den Zyklus Dichterliebe, opus 48). Der Eintritt ist frei.

Kuratorenführung durch die Ausstellung „Täglich frisch!"
(22.2.2012) Die Verfügbarkeit von frischem Obst und Gemüse sind für das tägliche Leben selbstverständlich. Über die Wege jedoch, die dieses zurücklegt, bevor es auf dem Wochenmarkt, im Supermarktregal oder auf den Tellern im Restaurant landet, machen sich die Wenigsten Gedanken. Ebenso wird die Unabhängigkeit von den Jahreszeiten, die der globale Handel für den Speiseplan ermöglicht, selten hinterfragt.
Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Münchner Großmarkthalle wird die Versorgung der Stadt mit Nahrungsmitteln thematisch aufgegriffen. Die Geschichte eines weitgehend unbekannten Handelsplatzes sowie der Händleralltag und dessen internationale wirtschaftliche Beziehungen werden erzählt. Die Führung durch die Ausstellung „Täglich frisch! 100 Jahre Münchner Großmarkthalle" mit Cindy Drexl, Kuratorin der Ausstellung, am Sonntag, 26. Februar, um 14 Uhr im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, möchte auf eine Reise zu den vielfältigen Aspekten dieses Themas mitnehmen. Treffpunkt ist in der Ausstellung im 2. Stock. Der Eintritt kostet 6 Euro, ermäßigt 3 Euro.

Winterdienstbilanz für die Zeit vom 17. bis 21. Februar
(22.2.2012) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Einsatzzahlen:
Personal: 1.395 Fahrzeuge: 982
Streuguteinsatz:
Salz: 696,4 t Splitt: 756,1 t
Kosten der Einsatztage: 730.276,62 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 9
Bisherige Einsatztage: 104
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2011/2012: 13.013.115,31 Euro

Antworten auf Stadtratsanfragen

Aschermittwoch, 22. Februar 2012

Wohnungsbauzahlen in München
Anfrage Stadträte Hans Podiuk und Walter Zöller (CSU) vom 13.1.2012

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Auf Ihre Anfrage vom 13.01.2012 nehme ich Bezug, in der Sie einen zunehmenden Wohnungsmangel und steigende Mieten in München anführen.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Für wie viele Wohneinheiten wurde 2011 Baurecht geschaffen?

Antwort:
Im Jahr 2011 wurden mit den entsprechenden Stadtratsbeschlüssen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von 1.932 Wohneinheiten geschaffen.

Frage 2:
Wie viele Baugenehmigungen wurden 2011 erteilt?

Antwort:
Im Berichtsjahr 2011 sind im Rahmen der amtlichen Statistik 2.926 Baugenehmigungen mit 8.419 Wohnungen registriert worden.

Frage 3:
Wie viele Wohneinheiten wurden 2011 als fertiggestellt gemeldet?

Antwort:
Im Jahr 2011 wurden 6.671 Wohneinheiten als fertiggestellt gemeldet.

Frage 4:
Wie viele Abgänge durch Abriss sind für 2011 zu verzeichnen?

Antwort:
Im Jahr 2011 waren 681 Wohnungsabgänge durch Abriss zu verzeichnen.

Frage 5:
Welcher Netto-Wohneinheitenzuwachs ergibt sich daraus?

Antwort:
Der rechnerisch ermittelte Netto-Wohneinheitenzuwachs für das Berichtsjahr 2011 beträgt 5.990 Wohneinheiten.

Frage 6:
Wurde im geförderten Wohnungsbau die Zielzahl von 1.800 Wohnungen in 2011 erreicht?

Antwort:
In den staatlichen und städtischen Programmen des geförderten Wohnungsbaus wurden insgesamt 1.179 Wohneinheiten gefördert. Im Mietwohnungsbau beläuft sich die Wohnungszahl auf 1.051 im Rahmen von Eigentumsmaßnahmen wurden 128 Wohnungen gefördert.
Somit konnte die Zielzahl von 1.800 Wohnungen nicht erreicht werden. Nach Jahren des stetigen Rückgangs der Förderzahlen ist jedoch in 2011 wieder eine deutliche Steigerung der Förderzahlen (+ 17% gegenüber dem Vorjahr mit 1.007 geförderten Wohneinheiten) zu verzeichnen. Aufgrund der laufenden und anstehenden Grundstücksausschreibungen ist mit einer Fortsetzung dieses positiven Trends zu rechnen.

Nähere Ausführungen dazu werden dem Stadtrat im diesjährigen Erfahrungsbericht zu „Wohnen in München IV“ vorgetragen.

Frage 7:
Konnten die beschlossenen 125 Mio. Euro städtischen Fördermittel pro Jahr tatsächlich investiert werden?

Antwort:
Im Jahr 2011 wurden insgesamt 76,24 Mio. Euro an städtischen Fördermitteln (Darlehen und Grundstücksmindererlöse) für den Wohnungsbau in München aufgewendet (einschließlich Nachfinanzierungen aus Vorjahren). Soweit bei einzelnen Programmen der Kostenrahmen überschritten wurde (z. B. München Modell), wurde dies im Rahmen der Deckungsfähigkeit der städtischen Wohnungsbaufördermittel ausgeglichen.
Neben den von der Landeshauptstadt München eingesetzten Fördermitteln in Höhe von 76,24 Mio. Euro wurden die von Bund und Land zugewiesenen Fördermittel in Höhe von ca. 51,8 Mio. Euro vollständig für den Münchener Wohnungsbau gebunden.

Frage 7a:
Wie viel der für den Mietwohnungsbau (EOF, KomPro-Programme) vorgesehenen 47 Mio. Euro in Form von Darlehen konnten investiert werden?

Antwort:
Im Jahr 2011 wurden 53,65 Mio. Euro für den Mietwohnungsbau investiert.
Davon entfielen 1,3 Mio. Euro auf die Kofinanzierung EOF, 38,7 Mio. Euro auf KomPro A, 8,0 Mio. Euro auf KomPro B und 5,05 Mio. Euro auf KomPro C.
0,6 Mio. Euro entfielen auf Nachfinanzierungen von Vorhaben aus Vorjahren.

Frage 7b:
Wie viel der für Maßnahmen im München Modell-Miete bzw. - Genossenschaften vorgesehenen 8 Mio. Euro konnten investiert werden?

Antwort:
Im Jahr 2011 konnten dafür 12,15 Mio. Euro investiert werden.
Davon entfielen 8,7 Mio. Euro auf neue Vorhaben und 3,45 Mio. Euro auf Nachfinanzierungen aus Vorjahren.

Frage 7c:
Wie viel der für Mindererlöse aus Grundstücken vorgesehenen 55 Mio. Euro konnten investiert werden?

Antwort:
Im Jahr 2011 wurden 10,4 Mio. Euro für Grundstücksmindererlöse investiert.

Berücksichtigt werden dabei immer nur Vorhaben, deren Verkauf im Berichtsjahr beurkundet wurde. Die Grundstücksmindererlöse für 15 der 16 Baugrundstücke mit 510 geförderten Wohneinheiten in den Bereichen Akkermannbogen und Funkkaserne, die in 2011 durch Stadtratsbeschlüsse an Bauträger/Genossenschaften und Baugemeinschaften vergeben wurden, werden deshalb erst im Jahr 2012 wirksam werden.

Frage 7d:
Wie viel der 15 Mio. Euro für flexible Maßnahmen (Belegungsrechte u.a.) konnten investiert werden?

Antwort:
Im Jahr 2011 wurden dafür 0,04 Mio. Euro investiert.

Wie gut funktioniert die Tiefen-Geothermie in der Messestadt Riem?
Anfrage Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Marian Offman (CSU) vom 13.5.2011

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 13.05.2011 führen Sie als Begründung aus:

„Bekanntlich wird die Messestadt Riem überwiegend durch ein isoliertes Nahwärmenetz mit Wärme versorgt, die aus ca. 3 km Tiefe geothermisch gewonnen wird. Wie bei allen Geothermie-Anlagen üblich, werden Spitzenlasten oder Anlagenausfälle über eine lokale M-Gasgestützte Anlage abgefangen. Um aber das heiße Wasser zu nutzen, muss es durch eine mehrstufige Hochleistungsspezialpumpe über 3 km an die Oberfläche gebracht werden. Dies kostet Elektro- und damit Primär-Energie.
Bei diversen Stadtratsvorlagen des RGU zum Energie-Thema (z. B. CO_2-Monitoring) hat sich gezeigt, dass die SWM bei den Kenngrößen (z. B. Emissionsfaktor in gCO_2/kWh) spezielle SWM-Werte reklamieren und das Standard-Rechenprogramm GEMIS des Umweltinstituts Freiburg für München mit diesen Spezialwerten „gefüttert" wird. Allerdings ist nicht klar, wie diese Werte zustanden kommen."

Vorab bedanke ich mich für die entsprechend meiner Zwischennachrichten vom 01.06., 05.07., 14.09., 20.10. und 15.11.2011 gewährten Terminverlängerungen.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die in die Zuständigkeitsbereiche der Stadtwerke München GmbH (SWM) und des Referats für Gesundheit und Umwelt (RGU) fallen. Ihre Fragen können hiernach wie folgt beantwortet werden:

Vorbemerkung der SWM:
Allgemein ist zur Frage, wie gut die Tiefen-Geothermie in der Messestadt Riem funktioniert, auszuführen, dass die Erwartungen der SWM hinsichtlich dem Betriebsverhalten und dem Beitrag zur ökologischen Wärmeversorgung weit übertroffen werden.
Eine isolierte Betrachtung der Geothermie bzw. der Wärmeversorgung in der Messestadt Riem wird allerdings von den SWM nicht vorgenommen, da die Wärmeversorgung der Messestadt Riem als Teil des gesamten Münchener Fernwärmesystems zu bewerten ist. Die Geothermie ist

selbstverständlich in der Gesamtbetrachtung berücksichtigt und trägt zu den Eckdaten der gesamten Fernwärme bei (d. h. Primärenergiefaktor 0,36 und spezifische Emissionen von aktuell 116 g/kWh).

Frage 1:
Welche thermische Energiemenge wird im typischen Jahresmittel aus der Tiefengeothermie in der Messestadt gewonnen?

Antwort der SWM:
Seit dem Jahr 2008 liegt – nach dem erfolgten Einbau einer größeren Pumpe – hinsichtlich der thermischen Energiemenge die thermische Erzeugung aus der Tiefengeothermie bei über 40.000 MWh pro Jahr. Im Jahr 2008 hat diese 41.587 MWh betragen und im Jahr 2009 die Menge von 44.068 MWh erreicht.

Frage 2:
Welche externe Energiemenge – insbesondere für den Betrieb der Förderpumpe und aller anderen Aggregate – muss hierfür eingesetzt werden?

Antwort der SWM:
Der Energieaufwand bei der Tiefengeothermie besteht fast ausschließlich im Strombedarf für den Einsatz der Pumpe. Der Aufwand hierfür kann mit ca. 4% der thermischen Arbeit angesetzt werden. Darauf hinzuweisen ist, dass das unter Druck stehende Thermalwasser im Betrieb ansteigt. Das Wasser muss daher nicht mehr aus einer Tiefe von 3000 Metern, sondern nur noch aus einer weit geringeren Tiefe gefördert werden.

Frage 3:
Welche thermische Energiemenge muss zusätzlich über Gas erzeugt werden?

Antwort der SWM:
Die Geothermie liefert im Wärmenetz den überwiegenden Anteil. Dieser Anteil beträgt durchschnittlich 85%. Lediglich ca. 15% der betreffenden Energiemenge – das entspricht rund 7.500 MWh pro Jahr – müssen noch über einen erdgasbetriebenen Spitzenlastkessel erzeugt werden.

Frage 4:
Welche Wärmeenergiemenge kann im Betrachtungszeitraum an die Abnehmer verrechnet werden?

Antwort der SWM:
Die Wärmeenergie, die dem Abnehmer verrechnet wird, entspricht der erzeugten Wärmemenge abzüglich der Wärmeverteilverluste im Wärmenetz in Riem, wobei letztere als sehr gering bezeichnet werden können.

Frage 5:
Wie errechnet sich aus diesen Angaben 1) bis 4) der spezielle Emissionsfaktor für GEMIS?

Antwort der SWM:
Die SWM betrachten die Wärmeversorgung der Messestadt Riem als Teil des gesamten Fernwärmesystems, auch wenn dieses Wärmenetz nicht physikalisch mit dem übrigen Fernwärmenetz verbunden ist. Die Geothermie ist in der Gesamtbetrachtung berücksichtigt, wobei ein Primärenergiefaktor von 0,36 und spezifische Emissionen von aktuell 116 g/kWh zugrunde gelegt werden. Ein spezifischer Emissionsfaktor für die Wärmeversorgung der Messestadt Riem wird nicht gesondert ausgewiesen.

Antwort des RGU:
Die aktuelle Version von GEMIS („Globales Emissionsmodell integrierter Systeme") weist allgemein für Wärme aus Tiefengeothermie mit Heizwerk (einschließlich Vorkette, also inkl. Bohrung) einen Emissionsfaktor von 21 g CO_2 bzw. 22 g CO_2-Äquivalent pro kWh_{th} aus. Eine auf die spezielle Situation in der Messestadt bezogene Berechnung des CO_2-Faktors liegt nicht vor. Das Öko-Institut (nicht Umweltinstitut) berechnet im Rahmen von GEMIS die CO_2-Faktoren für Brennstoffe und Energiesysteme auf Grundlage einer in der Fachwelt allgemein anerkannten Methodik und nach bundesweiten Basisdaten und ist daher nicht von einem Input aus München abhängig. Weiterhin ist darzustellen, dass ein spezieller lokaler CO_2-Faktor keinesfalls an die Stelle eines allgemein und bundesweit gültigen GEMIS-Faktors treten könnte.
Im Übrigen verweisen wir auf die Ausführungen zu Geothermieanlage und Fernwärmenetz in der Beschlussvorlage „Gehobener Wärmedämmstandard im 4. Bauabschnitt Messestadt" im Umweltschutzausschuss vom 28.06.2011 (SV-Nr. 08-14 / V 07057) sowie auf die Mitteilungen zu den CO_2-Emissionsfaktoren in der Bekanntgabe „CO_2-Monitoring 1990-2008" im Umweltschutzausschuss vom 12.04.2011 (SV-Nr. 0814 / V 06375).

Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit zufriedenstellend beantwortet werden konnten.

Wieder Ärger mit dem Linksextremen-Treff „Kafe Marat“ – was tut die Stadt?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 3.1.2012

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 03.01.2012 führen Sie Folgendes aus:

„Laut Internetseite des linksextremen ‚a.i.d.a.'-Vereins findet im einschlägig bekannten linken Szenetreff ‚Kafe Marat' in den nächsten Tagen, am 11.01.2012, ein ‚Mobilisierungsvortrag' zu den ‚geplanten antifaschistischen Protesten Ende Januar in Wien' statt. Es steht zu erwarten, dass auch 2012, wie schon im Januar 2011, wieder
linksextreme und gewaltbereite ‚Antifa'-Aktivisten von München aus nach Wien reisen werden, um sich dort an gewalttätigen Aktionen gegen den Wiener Korporationsball (‚WKR-Ball') zu beteiligen.
In diesem Zusammenhang ist die Tatsache bemerkenswert, dass die Stadt München den genannten Szene-Treff ‚Kafe Marat' schon seit Jahren an einen einschlägig bekannten linken Dachverein vermietet und die linksextreme Münchner Szene dabei mit einer Summe von jährlich rund 39.000 Euro unterstützt. Der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann hat diese Praxis der Stadt München erst vor wenigen Wochen in einem Schreiben scharf kritisiert und seinerseits ausdrücklich auf die ‚linksextremistischen Umtriebe im Kafe Marat' hingewiesen.
Wörtlich heißt es im Schreiben des Innenministers: ‚Das Kafe Marat ist (...) von zentraler Bedeutung für die Mobilisierung autonomer – d.h. gewaltorientierter – Kreise. (...)
Die Einrichtung des Kafe Marat existiert nur aufgrund der Förderung und Überlassung von Räumen durch die Stadt. Diese trägt damit auch die Verantwortung für extremistische Aktivitäten, die dort stattfinden.'
(Zit. nach: Ergänzung zur StR-Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 07290 vom 29.11.2011; Hervorhebung: KR). Hier ergeben sich Fragen.“

Zu Ihrer Anfrage vom 03.01.2012 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Welche Kenntnis hat die Stadt – insbesondere das Stadtjugendamt als Zuschussgeber – von den auch im Internet angekündigten Mobilisierungsaktivitäten der Münchner Autonomenszene in von der Stadt vermieteten Räumlichkeiten im „Kafe Marat“? Was hat die Stadt – insbesondere das

Stadtjugendamt – unternommen, um Kenntnis über einen eventuell strafbaren Charakter der genannten Mobilisierungsaktivitäten zu erlangen? Nota bene: Der Bayerische Staatsminister des Innern mahnte mit Schreiben vom 31.10.2011 ausdrücklich die diesbezügliche Eigeninitiative der Stadt München an; wörtlich: „Es liegt vor allem in der eigenen Verantwortung der Landeshauptstadt, sich laufend selbst über das Geschehen in den von ihr geförderten Einrichtungen kundig zu machen (...).“ (Hervorhebung: KR).

Frage 2:
Welche Konsequenz zieht die Stadt aus der Tatsache, dass bereits 2011 aus den von der Stadt vermieteten Räumlichkeiten des „Kafe Marat“ heraus für gewalttätige Störaktionen aus Anlass des Wiener WKR-Balls mobilisiert wurde? Welche evtl. weitergehenden Kenntnisse zu Stand und Ausmaß der linksextremen Mobilisierungsanstrengungen liegen ggf. dem KVR und/oder der Münchner Polizei vor? Welche vorbeugenden Maßnahmen sind ggf. auf Seiten des KVR bzw. der Münchner Polizei geplant, um von München aus organisierte Straftaten in Wien zu unterbinden?

Antwort zu Frage 1 und 2:
Das Stadtjugendamt verweist hierzu auf den Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses vom 29.11.2011 und vom 14.12.2011 der Vollversammlung des Münchner Stadtrates zu 08-14 / V 07290, dort insbesondere Anlage 4.

Das Kreisverwaltungsreferat nimmt hierzu wie folgt Stellung:
„Die von Ihnen gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums München fallen.
Mangels eigener Erkenntnisse des Kreisverwaltungsreferates kann eine Beantwortung Ihrer Fragen nur durch das Polizeipräsidium München vorgenommen werden.

Im Übrigen hat das Kreisverwaltungsreferat in der Vergangenheit in Abstimmung mit dem Polizeipräsidium München sowie dem Kommunalreferat bereits mehrfach zu der Thematik Stellung genommen.“
Das Kommunalreferat teilt hierzu Folgendes mit:
„Wie bereits mehrfach mitgeteilt wurde, hat das Kommunalreferat seit dem 01.01.1998 einen Mietvertrag mit ‚Zeit, Schlacht und Raum – Verein für Kultur im Schlachthof e.V.‘, nicht mit dem ‚Kafe Marat‘.“

Frage 3:
Das Sozialreferat machte die weitere Vorgehensweise gegenüber einzelnen Nutzergruppen unter dem Dach des von der Stadt mit über 39.000 Euro jährlich geförderten Vereins „Zeit, Schlacht und Raum e.V." laut Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 07290 auch davon abhängig, „ob das Antwortschreiben aus dem Innenministerium (...) klare Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Aktivitäten oder Erkenntnisse über strafrechtlich relevante Zuwiderhandlungen durch Mitglieder einzelner Nutzergruppen im unmittelbaren Verantwortungsbereich des Trägers" ergeben würde. Nachdem das Antwortschreiben des Innenministers inzwischen vorliegt und die einschlägigen linksextremistischen und verfassungsfeindlichen Aktivitäten in den Räumlichkeiten des „Kafe Marat" expressis verbis bestätigt: Welche Konsequenzen zieht die Stadt bezüglich ihrer Förderpraxis? Wenn keine: warum nicht?

Antwort:
Das Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 31.10.2011 zur Förderung des Vereins „Zeit, Schlacht und Raum-Verein für Kultur im Schlachthof e. V." durch die Landeshauptstadt München enthält keine neuen Informationen. Insbesondere sind Nachfragen zu konkreten Nutzergruppen oder Personen nicht beantwortet worden. Explizit führt der Bayerische Staatsminister des Innern aus: „Darüber hinausgehende Erkenntnisse stehen auch dem Staatsministerium des Innern nicht zur Verfügung."

Im Übrigen möchte ich Sie auf den Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses vom 29.11.2011 und der Vollversammlung des Münchner Stadtrates vom 14.12.2011 zu Ihrem Antrag „Konsequent auch gegen linken Extremismus" verweisen.

Ausländische Mediziner an Münchner Krankenhäusern
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 10.1.2012

Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

Ihrer Anfrage legen Sie folgenden Sachverhalt zu Grunde:

„Einem Bericht des ‚Spiegel' zufolge sind Ausländer auch im Gesundheitswesen nicht nur eine ‚Bereicherung', wie Medien und Politiker häufig suggerieren, sondern zugleich Risiko: ausländisches Ärzte- und Klinikpersonal, das im Zuge des heimischen Ärztemangels zunehmend an deutschen Krankenhäusern aktiv ist, verfügt oft nicht über hinreichende Kenntnisse des deutschen Gesundheitssystems, aber auch der deutschen Sprache, was für Patienten fatale Folgen haben kann. Der ‚Spiegel' wörtlich: ‚In Deutschland (...) schert es offenbar kaum jemanden, wenn Ärzte am Krankenbett hilflos radebrechen.' (Quelle: ‚Radebrechen am Krankenbett', ‚Der Spiegel', Nr. 2/2012; S. 106). Abhilfe könnte eine gezielte Sprachförderung und die Einführung einer sprachlichen Zertifizierung für ausländisches Klinikpersonal schaffen, wie sie seit kurzem z.B. in Stuttgart üblich ist.
Hier stellen sich Fragen nach der Situation an Münchner Krankenhäusern."

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet. Die darin aufgeworfenen Fragen beantworte ich unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferats wie folgt:

Frage 1:
Wie haben sich die Zahlen des ausländischen medizinischen Personals an Münchner Krankenhäusern und in Münchner Ärztepraxen seit dem Jahr 2000 entwickelt? Aus welchen Ländern kommen in München tätige ausländische Mediziner schwerpunktmäßig?

Antwort:
Das Referat für Gesundheit und Umwelt hat keinen Einblick in die personelle Situation der Krankenhäuser in München. Es hat gegenüber den städtischen und nicht-städtischen Münchner Krankenhäusern keine Weisungsbefugnis; von daher sind die Krankenhäuser auch in Personalangelegenheiten gegenüber dem Referat nicht auskunftspflichtig.

Frage 2:
Wie beurteilt das Gesundheitsreferat – ggf. anhand einschlägiger Erfahrungen an Münchner Krankenhäusern – den Grad der Integration ausländi-

scher Mediziner in München? Wo gab bzw. gibt es Probleme und/oder Beschwerden?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 3:
Inwieweit ist es auch in München bereits üblich, zusätzlich zum sogenannten B2-Zertifikat, das solide Grammatik- und Vorkabelkenntnisse attestiert, einen ergänzenden, stärker medizinisch ausgerichteten Sprachtest zu verlangen? Inwieweit gibt es dazu Überlegungen, ggf. im Zusammenwirken mit der Staatsregierung oder Stellen auf Bundesebene?

Antwort:
Dem Referat für Gesundheit und Umwelt ist nicht bekannt, ob die Krankenhäuser einen gesonderten Sprachtest verlangen (siehe Antwort zur Frage 1).

Frage 4:
Welche Modelle einer gezielten Fortbildung für ausländische Fachkräfte im Gesundheitswesen, wie sie zum Beispiel vom Kölner mibeg-Institut u.a. für spätausgesiedelte Ärzte durchgeführt wird, werden in München angeboten? Was ist der Stadt über einschlägige Planungen, Projekte etc. in München bekannt?

Antwort:
Die Fortbildung des medizinischen Personals in städtischen Krankenhäusern obliegt der Städtisches Klinikum München GmbH. Entsprechende Informationen bitten wir direkt dort einzuholen.
Sollte sich die Frage in Ziffer 4 auch auf Fachkräfte beziehen, die im Hoheitsbereich der Stadtverwaltung tätig sind, wird das Personal- und Organisationsreferat unterstützend tätig werden, wenn vom Fachreferat ein entsprechender Bedarf gemeldet wird.

Frage 5:
Welche Informationen, Statistiken, Umfragen o. ä. über die Integration von ausländischen Fachkräften im Krankenhaus- und Gesundheitsbetrieb liegen der Stadt München überhaupt vor, etwa von der Landesärztekammer, vom Patientenbeauftragten der Bundesregierung etc.?

Antwort:
Dem Referat für Gesundheit und Umwelt liegen hierzu keine Materialien vor.

Alles im Griff in St. Georg?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 6.12.2011

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre Anfrage vom 06.12.2011 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Ude in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

Vor dem Hintergrund des Berichts in der Süddeutschen Zeitung vom 16.09.2011 fragen Sie zur aktuellen Situation in der Milbertshofener Kirchgemeinde St. Georg an, da es nach Aussage der Kirchenverwaltung in der Vergangenheit noch immer zu Störungen mit Jugendlichen gekommen sein soll.

Frage 1:
Wie stellt sich die Situation in und um St. Georg insbesondere in den letzten vier Monaten – seit Juli 2011 – dar, nachdem die Gemeindeverwaltung den Weg an die Öffentlichkeit gesucht und u.a. die Polizei dort ihre Präsenz verstärkt hat?

Antwort des Polizeipräsidiums München zu Frage 1:
„Die Situation stellt sich seit längerem als sehr gemäßigt und ruhig dar. Bei den regelmäßig stattfindenden Kontrollen, sowohl von den uniformierten Streifen, als auch von den Jugendbeamten der örtlichen PI 43, sind keine Auffälligkeiten festzustellen.
Ferner besteht zwischen der Polizeiinspektion und dem Pfarrer der Kirche, mit dem regelmäßig Gespräche über das Kirchenumfeld geführt werden, ein sehr guter Kontakt. Es hat sich ebenfalls eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen dem Stadtteilzentrum Milbertshofen und dem Pfarramt St. Georg entwickelt, womit sich auch das Verhältnis zwischen dem Pfarrer und den Jugendlichen aus Milbertshofen verbessert hat. Der Pfarrer der Kirche zeigt sich mit der derzeitigen Situation sehr zufrieden.

Auch an der Alten St. Georgskirche am Alten St.-Georgs-Platz werden regelmäßig polizeiliche Kontrollen durchgeführt.
Zuletzt erfolgte durch den Vorsitzenden des Fördervereins der Alten St. Georgskirche am 20.12.11 eine Anzeige bei der Polizeiinspektion 43 wegen Sachbeschädigung an zwei Türschanieren der Kircheneingangstüre. Hinweise auf einen Täter liegen bislang nicht vor. Aufgrund der angezeigten Sachbeschädigung wird die Polizeiinspektion 43 ihre Streifentätigkeit in diesem Bereich verstärken.

Auffälligkeiten jugendtypische Straftaten betreffend ließen sich in der Vergangenheit nicht feststellen."

Frage 2:
Welche weiteren Zwischenfälle wurden in diesem Zeitraum beim zuständigen Bezirksausschuss und/oder der Polizei aktenkundig?

Antwort des Polizeipräsidiums München zu Frage 2:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Antwort des Direktoriums - Geschäftsstelle Nord für die Bezirksausschüsse 9, 10, 11, 24 zu Frage 2:
„Die allgemeine Lage hat sich erheblich verbessert. Übergriffe finden nicht mehr statt. U.a. treffen sich der Vorsitzende des Stadtteilzentrums, Vertreter der Sozialarbeit sowie der Streetwork, der Pfarrer der Kirche und andere monatlich oder auch nach Bedarf zum Facharbeitskreis ‚Jugendliche in Milbertshofen' unter dem Motto ‚Annäherung der Jugendlichen mit der Pfarrei'.
Ansonsten finden Aktionen wie Führungen in der Kirche mit den Kindern und Jugendlichen statt. Dieses Gremium bemüht sich intensiv die Verhältnisse zu verbessern. Der Bezirksausschuss 11 wird regelmäßig informiert."

Frage 3:
Laut KVR führt die Polizei bei auffällig werdenden Jugendlichen verstärkt „Gefährderansprachen" durch und „Streetwork" sei vermehrt mit „Straßengängen" aktiv; wie intensiv ist die „Betreuung" der lokalen Jugendszene durch Polizei und Streetwork? Wie viele Einzelgespräche von Polizei und Streetwork wurden – überschlägig – in und um St. Georg durchgeführt? Konnte die Intensität der „Betreuung" inzwischen heruntergefahren werden?

Antwort des Polizeipräsidiums München zu Frage 3:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Antwort des Sozialreferates zu Frage 3:
„An der Situation in Milbertshofen hat sich seit der Beantwortung der letzten Anfrage von Herrn Stadtrat Richter durch das Kreisverwaltungsreferat im Oktober 2011 nichts verändert.
Es gibt keine besonderen Vorkommnisse; Straßengänge werden von Streetwork in normaler Häufigkeit durchgeführt."

Ein muslimischer Guttenberg – sind die Münchner Rathausfraktionen einem Scharlatan auf den Leim gegangen?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 1.2.2012

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Auf Ihre Anfrage vom 01.02.2012 nehme ich Bezug;
In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt: Das ARD-Nachrichtenmagazin Report berichtete über zahlreiche Ungereimtheiten in der Biographie des Penzberger Imams Benjamin Idriz, die geeignet sind, das geplante „Zentrum für Islam in Europa – München" (ZIEM) erheblich in Misskredit zu bringen.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Inwieweit nimmt der Oberbürgermeister die „Report"-Recherchen über möglicherweise fehlende islamisch-theologische Qualifikationen des Penzberger Imams Binjamin Idriz zum Anlass, das für München geplante „Zentrum für Islam in Europa – München" (ZIE-M) noch einmal zu überdenken?

Antwort:
Wir haben die erhobenen Vorwürfe eingehend geprüft und das Gespräch mit Herrn Idriz sowie mit Experten gesucht. Im Ergebnis ließen sich die Vorwürfe soweit aufklären, dass eine Aufgabe des Projektes ZIE-M nicht zur Debatte steht.

Frage 2:
Inwieweit nimmt der Oberbürgermeister – gegebenenfalls auch die Stadtratsfraktionen – den „Report-Bericht zum Anlass, über den Penzberger Imam Binjamin Idriz als geeigneten Ansprechpartner für das Projekt eines westlich-europäisch" orientierten Islamzentrums in München nachzudenken?

Antwort:
Siehe Frage Nr. 1.

Frage 3:
Was wird der Oberbürgermeister ggf. unternehmen, um Gewissheit über Idriz' islamisch-theologische Legitimation zu erlangen?

Antwort:
Da die beanstandeten Universitätsabschlüsse nicht Voraussetzung für die Ausübung des Amtes von Herrn Idriz sind, steht die Legitimation von Herrn Idriz als Imam nicht in Frage.

Frage 4:
Inwieweit hält die Stadt trotz der „Report"-Recherchen an ihrer vorauseilenden Unterstützung für ein von Idriz in München zu errichtendes Islam-Zentrum fest (insbesondere was die Vorhaltung geeigneter Grundstücke, Werbeauftritte zugunsten des ZIE-M bei arabischen Geldgebern etc.) angeht?

Antwort:
Die Landeshauptstadt München steht zur verfassungsmäßig garantierten Religionsfreiheit und setzt sich deshalb für ein friedliches und gleichberechtigtes Nebeneinander der Religionen ein. Die von Ihnen angesprochene Unterstützung hält sich in dem dafür üblichen Rahmen. Von „vorauseilender Unterstützung" kann nicht die Rede sein – insbesondere finden auch keine „Werbeauftritte bei arabischen Geldgebern" statt.

Frage 5:
In welcher Weise wollen sich der Oberbürgermeister und möglicherweise auch die Münchner Rathausfraktionen Gewissheit darüber verschaffen, welches Islamverständnis den Penzberger Imam bei seinen Plänen für die LHM leitet?

Antwort:
Die Landeshauptstadt München ist über etwaige Vorwürfe gut unterrichtet und sieht derzeit keinen Anlass, an ihrer Einstellung gegenüber Herrn Idriz etwas zu ändern.

Von den vorstehenden Ausführungen bitte ich Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Wieder linksextremistische Umtriebe im „Kafe Marat“ – was sagt die Stadt dazu?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 29.8.2011

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 29.08.2011 führen Sie Folgendes aus:
„Dem Online-Informationsportal der bayerischen Staatsregierung „Bayern gegen Linksextremismus“ zufolge war der einschlägig bekannte linksextreme Szene-Treff „Kafe Marat“/Tröpferlbad im Juli erneut Schauplatz linksextremistischer Umtriebe. Den Informationen der Staatsregierung zufolge fand im „Kafe Marat“ ein Konzert statt, an dem mindestens zwei Musikgruppen mitwirkten, die entweder bei der Bundeszentrale für jugendgefährdende Medien auffällig wurden und/oder zur Gewalt gegen Polizei und Andersdenkende aufrufen.
Die Band „Johnny Mauser & Captain Gips“ soll trotz Indizierung ein gewaltverherrlichendes Lied vorgetragen haben. Das Online-Portal „Bayern gegen Linksextremismus“ erläutert dazu: „Das Münchner Festival war vorrangig als interne Musikveranstaltung ausgerichtet.
Auch hier muss (…) davon ausgegangen werden, dass über die Konzerte neue Interessenten für die im Kafe Marat vertretenen Gruppen gefunden werden sollten.“ (Zitate nach:
www.bayern-gegen-linksextremismus.bayern.de/news/musik-festivals-mitlinksextremistischen-
bezuegen-in-nuernberg-und-muenchen; 28.08.2011).“

Zu Ihrer Anfrage vom 29.08.2011 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Welche Kenntnis hatte die Stadt und insbesondere das Sozialreferat/Stadtjugendamt im vorhinein von der geplanten Nutzung des „Kafe Marat“/ Tröpferlbades, das einschlägig bekannten linken und linksextremen Gruppierungen seit langem stadtseitig zur Nutzung zur Verfügung gestellt wird, für das fragliche Konzert im Juli?

Antwort:
Das Sozialreferat/Stadtjugendamt hatte keine Kenntnis von angesprochenem Konzert. Erforderliche Informationen erhält zuständigkeitshalber die Bezirksinspektion.
Siehe auch Antwort zu Frage 4.

Frage 2:
Wie suchte die Stadt und insbesondere das Sozialreferat/Stadtjugendamt im Vorhinein sicherzustellen, dass im Rahmen des geplanten Konzerts keine linksextremistischen Inhalte und insbesondere keine Aufforderungen zur Gewalt verbreitet werden?

Antwort:
Siehe dazu die Antworten zu den Fragen 1, 4 und 5.

Frage 3:
Welche Kenntnis hatte die Stadt bzw. das Sozialreferat/Stadtjugendamt im vorhinein vom geplanten Auftreten mindestens zweier einschlägig als linksextrem bekannter Musikgruppen?

Antwort:
Siehe dazu die Antworten zu den Fragen 1, 4 und 5.

Frage 4:
Wer fungierte als Veranstalter des fraglichen Konzertes?

Antwort:
Das Kreisverwaltungsreferat teilt hierzu Folgendes mit:
Der Verein „Zeit, Schlacht und Raum e. V." (ZSR) hat am 11.07.2011 bei der Bezirksinspektion Mitte für den 15.07.2011 und den 16.07.2011 Live-Konzerte unter dem Motto „100 Jahre Freitagskafe" angezeigt. Veranstalter der Konzerte war der Verein ZSR.

Mit dem Verein ZSR hat die Bezirksinspektion Mitte Modalitäten der Anzeige von Konzerten vereinbart. Veranstalter ist immer der Verein ZSR, die Verantwortlichen vor Ort wechseln. Zur Vereinfachung des Verfahrens ist vereinbart, dass die Anzeige per Mail erfolgen kann.

Frage 5:
Was unternahm das Kreisverwaltungsreferat im Vorhinein und/oder ggf. am Veranstaltungstag, um das etwaige Absingen von Liedern zu unterbinden, die von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert sind? Wurden den Veranstaltern entsprechende Auflagen gemacht? Wenn nicht, warum nicht?

Antwort:
Das Kreisverwaltungsreferat teilt hierzu Folgendes mit:

Seitens der Bezirksinspektion Mitte wurde dem Antragsteller für die beiden Veranstaltungen am 12.07.2011 eine Erlaubnis nach Art. 19 Abs. 3 LStVG mit dem Hinweis erteilt, dass die angezeigten Veranstaltungen den verfassungsrechtlichen Prinzipien entsprechen müssen und keine Lieder mit volksverhetzendem Inhalt dargeboten werden dürfen.

Frage 6:
Was beabsichtigt die Stadt bzw. das Sozialreferat/Stadtjugendamt in Zukunft zu unternehmen, um weitere Konzerte mit linksextremistischen und gewaltverherrlichenden Inhalten im „Kafe Marat"/Tröpferlbad, aber auch an anderen Örtlichkeiten in München zu unterbinden (nota bene: so wie sie dies im Falle „rechter" Veranstaltungen auch tut)?

Antwort:
Eine grundsätzliche Verpflichtung von Konzertveranstalterinnen und -veranstaltern, diese im Vorfeld beim Sozialreferat/Stadtjugendamt anzumelden, besteht nicht.
Werden Konzerte beim Sozialreferat/Stadtjugendamt angezeigt, ergeht ein Bescheid auf Grundlage des § 7 Jugendschutzgesetz (JuSchG). Dieser kann (je nach Veranstaltungsart und Inhalten) Alters- und Zeitbegrenzungen beinhalten. Eine Unterbindung eines Konzertes ist nur der Ordnungsbehörde (bei Vorliegen entsprechender Erkenntnisse) möglich.
Siehe dazu auch Antwort zu Frage 7.

Frage 7:
Welche – ggf. rechtlichen – Konsequenzen zieht die Stadt aus der im Juli statt gehabten Veranstaltung, in deren Rahmen nach Informationen des bayerischen Innenministeriums Lieder mit Gewalt verherrlichendem Inhalt vorgetragen wurden und durch die – gleichfalls nach Erkenntnissen des bayerischen Innenministeriums – „neue Interessenten für die im Kafe Marat vertretenen Gruppen gefunden werden sollten"?

Antwort:
Im Rahmen eines Gespräches mit dem Trägerverein „Zeit, Schlacht & Raum – Verein für Kultur im Schlachthof e. V." wurde dieser durch das Stadtjugendamt über entsprechende gesetzliche Regelungen des Jugendschutzgesetzes (JuSchG) informiert. Es wurden Absprachen zur zukünftigen Handhabung getroffen, die sicherstellen sollen, dass die Bestimmungen des JuSchG eingehalten werden.

Frage 8:
Inwieweit sieht die Stadt angesichts des fraglichen Konzerts im Juli, mit dem erneut das „Kafe Marat"/Tröpferlbad als Ort linksextremistischer Umtriebe in Erscheinung getreten ist, Veranlassung, endlich die finanzielle Förderung einschlägiger linksextremistischer Aktivitäten und die Vermietung von Räumlichkeiten im „Tröpferlbad" zwecks Nutzung durch einschlägige Gruppierungen auf den Prüfstand zu stellen?

Antwort:
Hierzu wird auf den Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 14.12.2011 und des gleichlautenden Beschlusses in gemeinsamer Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses, des Sozialausschusses und des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 29.11.2011, „Konsequent auch gegen linken Extremismus", verwiesen.

Ärger und Steuergelder sparen: NS-Doku-Zentrum stoppen!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 31.10.2011

Antwort Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers:

Nach § 60 Abs. 9 Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt München (GeschO) dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist.

Die Inhalte Ihres Antrages befassen sich mit dem Vollzug von Beschlüssen der Vollversammlung des Münchner Stadtrates.

Der Münchner Stadtrat hat zuletzt am 29.09.2011 bzw. am 05.10.2011 über die Fortsetzung der Arbeiten zur Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums beschlossen. Es gibt keinen Anlass, dass der Stadtrat anders lautende Beschlüsse fassen würde.
Nach § 20 Abs. 1 GeschO vollzieht der Oberbürgermeister die Beschlüsse der Vollversammlung und des Senats (Art. 36 Satz 1 GO). Ich erlaube mir daher, Ihren Antrag in Abstimmung mit Herrn Oberbürgermeister auf dem Schriftwege zu beantworten.

Zu Ihrem Antrag vom 31.10.2011 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Die Arbeiten zur Errichtung des geplanten NS-Dokumentationszentrums werden demgemäß fortgeführt.

Für das Bauvorhaben wurde der Projektauftrag vom Stadtrat im Kulturausschuss am 22.04.2010 und der Vollversammlung am 28.04.2010 erteilt. Die Projektgenehmigung erfolgte durch verwaltungsinterne Abstimmung am 09.12.2010. Im Kulturausschuss am 29.09.2011 wurde die Realisierung des Projektes beschlossen.

Am 29.09.2011 hat der Kulturausschuss beschlossen, einen geladenen Kunstwettbewerb unter dem Titel „Ursachen für den Aufstieg des Nationalsozialismus in München – Folgen für Gegenwart und Zukunft“ durchzuführen. Am 05.10.2011 hat die Vollversammlung des Stadtrates diese Entscheidung bestätigt.

Die Arbeiten zur Durchführung des Kunstwettbewerbs werden planmäßig fortgeführt.

Die Stadt wird weiterhin, wie vom Stadtrat am 26.07.2006 beschlossen, mit dem NS-Dokumentationszentrum München einen offenen und lebendigen Ort des Lernens, der Information und der Erinnerung von überregionalem und internationalem Rang schaffen, der auch den nachfolgenden Generationen eine nachhaltige, zukunftsorientierte Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ermöglicht.
Es gibt keinerlei Anlass von o. g. Stadtratsbeschlüssen abzuweichen.

Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 22. Februar 2012

Spitzenplatz in der europäischen Kreativ-Wirtschaft
Antrag Stadtrats-Mitglieder Andreas Lotte und Monika Renner (SPD)

Heilpädagogische Tagesstätte (HPT) Kinderhaus Kai in der Messestadt erhalten
Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt und Hans Podiuk (CSU)

Obdachlose auf der Straße 2012 – wie haben sich Umfang und Struktur verändert?
Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Gülseren Demirel und Jutta Koller (Bündnis 90/Die Grünen)

Nicht entsorgte Alt-Christbäume – ein Ärgernis
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter; **Ursula Sabathil**: Ursula Sabathil.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Monika Renner
Stadträtin

Andreas Lotte
Stadtrat

22.02.2012

Spitzenplatz in der europäischen Kreativ-Wirtschaft

Antrag

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird gebeten, dem Stadtrat die – im Auftrag der Metropolregion München erstellte – Studie vom Büro für Kulturwirtschaftsforschung in Köln vorzustellen und zu bewerten.

Außerdem wird das Referat gebeten, die Erfahrungen und Ergebnisse der „Munich Creative Business Week“ darzustellen.

Begründung:

Auf einer Fachtagung zum Thema Kreativ-Wirtschaft, die im Rahmen der von Stadt und Staat veranstalteten „Munich Creative Business Week“ stattfand, stellte Herr Dr. Södermann vom Büro für Kulturwirtschaftsforschung Köln seine Studie vor, die im Auftrag der Metropolregion München aktuell erstellt wurde.

Eine der Hauptaussagen in der Studie ist, dass München im Bereich der Kreativ-Wirtschaft in direkter Konkurrenz zu Barcelona, Amsterdam und Mailand steht. Nach der Ranking-Liste, die von der Ile de France, London und Madrid angeführt werden, liegt München europaweit auf Platz 8, weit vor Köln (Platz 16), Berlin (Platz 19) und Hamburg (Platz 35).

„Das hat uns ziemlich überrascht“, referierte Herr Dr. Södermann „München und seine Metropolregion sind in dieser Hinsicht eine der stärksten Regionen Europas, aber niemand weiß es bisher!“ Mehr als 11 % der Münchner Unternehmen seien in der Kreativ-Wirtschaft tätig (bundesweit sind es 7,6%) und 125 000Erwerbstätige sind laut Studie in der Metropolregion existenzfähig beschäftigt. Zum Sektor der Kreativ- und Kultur-Wirtschaft zählen lt. Studie Architektur, Design, Medien,Werbung, Softwaremarkt und Unternehmen aus den Bereichen Film, Buch, Musik, darstellende und bildende Kunst. München zähle zu den extrem dynamischen Regionen in Europa. Die Stadt habe die Chance ein Label wie die Ile de France-Paris- zu werden (SZ vom 10. 2. 2012).

gez.
Monika Renner
Stadträtin

gez.
Andreas Lotte
Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

CSU
Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

CSU-Stadtratsfraktion
Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 249/II
80331 München
Tel.: 089 / 233 92650
Fax.: 089 / 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de
www.wzim.de
22.02.2012

Antrag zur dringlichen Behandlung
für den Kinder- und Jugendhilfeausschuss
am 06.03.2012

Heilpädagogische Tagesstätte (HPT) Kinderhaus Kai in der Messestadt erhalten

Dem Stadtrat wird der aktuelle Sachstand bezüglich der Suche nach einem neuen Standort für die HPT Kinderhaus Kai dargestellt. Es werden Perspektiven für einen dauerhaften Verbleib im Bereich der Messestadt aufgezeigt und erläutert, wie ggf. eine Übergangszeit bis dahin überbrückt werden kann.

Begründung:
Im Interesse und auf ausdrücklichen Wunsch des Stadtjugendamtes ist die HPT im Jahr 2006 von Oberföhring in die Räume der Landeshauptstadt München im Förderzentrum der Messestadt Riem umgezogen.
Die HPT betreut seelisch behinderte oder von seelischer Behinderung bedrohte Mädchen und Jungen zwischen drei und zwölf Jahren. Zur Zeit werden 36 Kinder in vier Gruppen von jeweils zwei pädagogischen Fachkräften gefördert. Durch die Nähe zum ehemaligen Buga-Gelände bieten sich im Riemer Park mit Rodelhügel, Badesee und Spielplätzen attraktive Spiel-, Freizeit- und Fördermöglichkeiten auch im Freien.
Aus sozialräumlichen Aspekten besteht laut Aussage des Stadtjugendamtes weiterhin das Interesse, dass die Einrichtung in Riem angesiedelt bleibt, insbesondere, da laut einer aktuellen Wartelistenabfrage (30.09.2011) in Riem der größte Bedarf an Plätzen, wie sie in der HPT angeboten werden, festgestellt wurde.
Deshalb muss die Prüfung geeigneter Zwischen- und endgültiger Lösungen sofort gestartet werden.
Die Landeshauptstadt München ist in diesem Fall besonders gefordert und in der Verantwortung, weil die Raumprobleme durch eine unzureichende Schulbedarfsplanung für die Messestadt durch das Referat für Bildung und Sport entstanden sind.
Da die Landeshauptstadt München die jetzigen Räume zum 30.06.2012 gekündigt hat und die Zukunft des Kinderhauses Kai derzeit völlig ungewiss ist, ist eine dringliche Behandlung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss erforderlich.

gez.
Beatrix Burkhardt
Stadtratin

gez.
Hans Podiuk
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 22.02.2012

Antrag

Obdachlose auf der Straße 2012 – wie haben sich Umfang und Struktur verändert?

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Studie „Obdachlose auf der Straße“ von 2007 wird aktualisiert und ergänzt durch die fachliche Einschätzungen von ExpertInnen und PraktikerInnen aus dem Bereich der Obdachlosenhilfe, z.B. Amt für Wohnen und Migration, KOMM Teestube, Katholischer Männerfürsorgeverein etc. Dabei soll auf folgende Fragen eingegangen werden:

1.) Wie hat sich die Zahl der obdachlosen Menschen, die in München sporadisch bzw. überwiegend auf der Straße leben in den vergangenen fünf Jahren verändert?

2.) Hat sich die Zusammensetzung des Personenkreis geändert (soziodemografisch Strukturdaten; sozioökonomische Situation; Eckdaten zur Obdachlosigkeit)?

3.) Gibt es Veränderungen bezüglich der genutzten Angebote der Wohnungslosenhilfe? Werden bestimmte Angebote mehr oder weniger genutzt als noch vor fünf Jahren? Gibt es neue Motive oder Bedürfnisse, die die Inanspruchnahme von Hilfeangeboten erschweren bzw. verhindern? Gibt es Veränderungen bei den vor fünf Jahren festgestellten Bedarfe, die vom Hilfesystem nicht abgedeckt werden?

Begründung:

In diesem eiskalten Winter stehen sie wieder im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit: Obdachlose, die auf der Straße leben. München bietet ein engmaschiges Hilfesystem und in den Unterkünften ist Platz genug, dass bei diesen Temperaturen niemand draußen schlafen muss. Dennoch ist es wichtig, die angebotenen Maßnahmen regelmäßig auf ihre Passgenauigkeit und ihre Bedarfsdeckung hin zu überprüfen. 1995 wurde in München zum ersten Mal von der Gruppe für Sozialwissenschaftliche Forschung (GFS) eine Studie zum Thema „Obdachlose auf der Straße“ durchgeführt. Zehn Jahre später wurde dem Stadtrat eine erneute Studie vorgestellt, die nicht nur den Umfang und den Personenkreis untersuchte sondern auch Hilfebedarf- und -angebote analysierte. Demnach ergab sich bei der erneuten Studie ein Jahreswert von 339 Personen, davon 14% Frauen und 86% Männer, die 2007 obdachlos auf der Straße lebten.

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Dies war ein Rückgang um 270 Personen (44,3%) gegenüber dem Jahr 1995. Inzwischen haben sich wiederum die Rahmenbedingungen, Maßnahmen und Angebote weiter verändert und es wäre somit sehr interessant, die Zahlen von 2007 z.B. mit Einschätzungen von ExpertInnen und PraktikerInnen aus dem Amt für Wohnen und Migration, der KOMM Teestube, dem Katholischen Männerfürsorgeverein etc. zu aktualisieren.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:
Siegfried Benker Gülseren Demirel Jutta Koller

Mitglieder des Stadtrates

BIA
inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
21.02.2012

Nicht entsorgte Alt-Christbäume – ein Ärgernis

Fast zwei Monate nach Weihnachten verunzieren an zahlreichen Stellen im Stadtgebiet noch immer abgelagerte Alt-Christbäume Straßen und Plätze. 2011 gab es 441 Sammelplätze für die Abholung alter Christbäume im Stadtgebiet. Subjektiv drängt sich der Eindruck auf, früher habe es bis zur Beseitigung der Alt-Christbäume nicht so lange gedauert. Objektiv stellen die auf Grünanlagen und Gehsteigen sowie in der Nähe von Altglas-Sammelstellen herumliegenden Nadelbäume, die infolge milden Wetters teils bereits in Verrottung übergegangen sind, eine Brandlast, eine Brutstätte für Ungeziefer und eine Einladung zum Abladen weiteren Abfalls dar. Hier stellen sich Fragen.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Grundsätzlich sind alte Christbäume nicht außerhalb der städtischen Wertstoffhöfe und – innerhalb der vorgesehen Fristen – der dafür vorgesehenen Sammelstellen abzulagern. Wie wird städtischerseits mit der ordnungswidrigen Ablagerung von Alt-Christbäumen verfahren?

2. Wann und durch wen ist mit der Beseitigung noch nicht entsorgter Alt-Christbäume zu rechnen? Insbesondere dann, wenn zuständige Hausverwaltungen keinen Antrag auf Abholung und Entsorgung an den Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) stellen?

3. Welche Änderungen im Reglement haben in den letzten Jahren ggf. zu den feststellbaren Verzögerungen geführt?

Karl Richter
Stadtrat